



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/218 - 20.9.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Zum fünften Parteitag der SPD	S. 1
Zur Krise der französischen KP	S. 3
Liebeswerben um die SRP in Niedersachsen	S. 4
SPD zum Volkskammerdelegation-Empfang	S. 6

## D o r t m u n d

ae. In der nächsten Woche wird die deutsche Innenpolitik, soweit davon der Parlamentsbetrieb betroffen ist, ruhen; die Blicke des In- und Auslandes werden auf die Industriestadt Dortmund gerichtet sein, wo die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem 5. Parteitag in der Nachkriegszeit zusammentritt. Das Interesse, das das Ausland dieser Tagung entgegenbringt, zeigt sich allein schon in der ungewöhnlich hohen Zahl von Abordnungen und Gästen, die ihre Teilnahme angekündigt haben. Die SPD ist heute die stärkste sozialistisch-demokratische Kraft auf dem Kontinent. Ihre Politik und ihre Vorstellungen von dem, was not tut, beeinflussen direkt und indirekt das deutsche und europäische Geschehen. Es mögen manchmal auch unbequeme Gedanken und Zielsetzungen sein - aber niemand wagt ernsthaft in Zweifel zu ziehen, daß sie aus der Sorge um die Erhaltung und Festigung der freiheitlichen Demokratie in Deutschland und Europa kommen.

Überkluge erwarten von diesem Parteitag besondere Sensationen und Überraschungen. Beides wird es nicht geben. Die Politik der SPD orientiert sich an den politischen, wirtschaftlichen und geistigen Grundtatsachen. Diese haben sich in den letzten Jahren nicht geändert.

Der Hamburger Parteitag im Mai 1950 stand im Zeichen der ersten großen Auseinandersetzungen um den inneren Ausbau der Bundesrepublik und um ihre Stellung in den Beziehungen zu den Besatzungsmächten. Mit scharfem Weitblick erkannte

Kurt Schumacher die Gefährlichkeit des Weges, an dessen Stationen der Eintritt in den Europarat, der Abschluß der Montan-Union und als vorläufig letzte beabsichtigte Krönung die Einbeziehung der Bundesrepublik in das System der Westverträge liegen. Diese Politik ist mit schweren Hypotheken - man denke nur an die Saarfrage - belastet. Sie öffnet nicht den Weg zu einem freien Europa, sie versperrt ihn. Aber heute wie damals bleibt der Kampf um die deutsche Wiedererringung der Einheit in Freiheit nach Auffassung der SPD - und nicht nur dieser Partei allein - das vorranglichste Bemühen jeder schöpferischen deutschen und europäischen Politik.

Im Ausland ist unter dem Eindruck der ungefragten Bereitschaftserklärungen der Bundesregierung der Eindruck entstanden, als ob die zwei Drittel der Deutschen, die sich noch frei äußern können, die Teilung Deutschlands als unvermeidlich hinnehmen. Allzu häufig taucht jetzt in der internationalen Politik das Wort von der Festigung des status quo auf. Für die Sieger des zweiten Weltkrieges mag die Trennung Deutschlands, besiegelt durch einseitige Bindungen - Pankow an Moskau, Bonn an die Westalliierten - ein Notweg, vielleicht ein, wenn auch fragwürdiger Gewinn sein, für die deutsche Sozialdemokratie bleibt sie eine unerträgliche und ständige Herausforderung.

Es sind nach dem Tode Kurt Schumachers allerhand törichte Kombinationen über einen möglichen innenpolitischen Stellungswechsel der SPD angestellt worden. Alles, was darüber in der in- und ausländischen Presse erschienen ist, gehört in das Reich der Phantasie. Als treuer Anwalt des arbeitenden Volkes, als Gegner aller restaurativen und fortschrittfeindlichen Kräfte hat die SPD jetzt und vor den Bundestagswahlen keinen Anlaß, die Bundesregierung und ihre Politik nun nicht weniger scharf unter die Lupe zu nehmen. Die Verhärtung der Gegensätze zwischen Regierung und Opposition, das Nichtvorhandensein einer gemeinsamen Außenpolitik, lagen nicht in den völlig verschiedenen Temperamenten eines Schumacher oder Adenauer begründet. Sie fanden und finden ihre tiefere Ursache in den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Bundesrepublik, in dem Bestreben der herrschenden Schichten, die Folgen eines verlorenen Krieges auf die Armen und Schwachen abzuwälzen. Die Politik der Bonner Koalition trägt im Sozialen und Wirtschaftlichen den Stempel eines rücksichtslos geführten Klassenkampfes von oben, verbrät mit sozialer, "christlicher" und europäischen Vokabeln.

Die SPD blickt auf eine stolze und ruhmreiche Vergangenheit zurück. Sieg und Niederlage kennzeichnen ihren Weg. Sie überwand das Bismarcksche Sozialistengesetz und ging geläutert, gestärkt und gefestigt aus den Terrorjahren des Dritten Reiches hervor. Von ihrer unbezwingbaren Lebenskraft und von ihrem Willen, die bewegenden Ideen des 20. Jahrhunderts von der Gleichheit der Völker und der sozialen Gerechtigkeit durchzusetzen, werden auch die Tage von Dortmund erneutes Zeugnis ablegen.

Säuberung in der Kommunistischen Partei Frankreichs

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Die französische KP befindet sich gegenwärtig in der schwersten Krise, die sie seit 1939 betroffen hat, wo führende Mitglieder anlässlich des Hitler-Stalin-Paktes der Partei den Rücken kehrten. Nach der Anfang September abgehaltenen Tagung des Zentral-Komitees wurden Strafmaßnahmen gegen so bedeutende Häupter, wie Marty und Tillon, ergriffen. Die beiden gehörten zu den verantwortlichsten und volkstümlichsten Führern der Partei. Marty, inzwischen aus der KP ausgeschlossen, ist von einer rührigen Propaganda zum größten "Martyrer" der KP gemacht worden. In die Sage ist er eingegangen als Rebell der französischen Schwarzmeerflotte während ihrer Intervention gegen die russische Revolution und als Held der Internationalen Brigaden, deren Generalinspekteur er während des spanischen Bürgerkrieges war. Es handelt sich um einen der ältesten Parteiveteranen, mit dessen Verdiensten sich kaum ein anderer, es sei denn Thorez selbst, messen kann.

Tillons Rolle in der Parteigeschichte ist mit etwas weniger Heiligenschein umgeben. Während des Krieges war er der Führer der kommunistischen Partisanen. Er gehörte später einer jeden Regierung an, solange sich Kommunisten an ihr beteiligten.

Den Verurteilten wird gemeinsame fraktionelle Arbeit vorgeworfen. Der Fall Marty ergibt sich als besonders schwer, da er die Kühnheit hatte, diese abzustreiten. Das wird auch noch dadurch unterstrichen, daß er des Attentats gegen die Parteieinheit und der "systematischen Verunglimpfung anderer Parteiführer" bezichtigt wird. Über die eigentlichen politischen Differenzen wird kaum etwas gesagt.

Tillon wird seine Stellung zur "Friedensbewegung" zur Last gelegt, der er angeblich die Partei unterordnen wollte. Auch ihm wird die Verunglimpfung anderer vorgeworfen. Er hätte den Versuch unternommen, eine Unterscheidung zwischen den Parteiführern zu treffen, je nachdem ob sie während des Krieges im Lande selbst kämpften oder sich - wie Thorez - im sicheren Ausland befanden. Das war nichts anderes als Majestätsbeleidigung.

So lang die Begründung auch ist, das Wesentliche verschweigt sie. Der Fehlschlag der Demonstration gegen Ridgway und der vergebliche Versuch des Generalstreiks im Juni haben diese Säuberung erzwungen. Bereits kurz nach dieser Zeit begann die Wendung, die mit der üblichen Schnelligkeit durchgeführt wurde. Die letzte Sitzung des ZK hat sie offen auf ihre Fahnen geschrieben, indem sie die Parole der "Nationalen Front" für Teilziele aufstellte. Es geht der KP darum, die allgemeine Opposition gegen die amerikafreundliche Politik der Regierung Pinay für sich auszunutzen. Besonders Marty war aber das Symbol einer anderen Politik, die zu den Mai-Juni-Demonstrationen führte und nun verurteilt worden ist.

Die im Gange befindliche "Enquete" wird einer ganzen Reihe von Leuten der als "sektiererisch" verworfenen Martyschen Tendenz ihren Einfluß kosten. Die Bestrafung des von der Bourgeoisie gehaßten Schwarzmeer-Rebellen soll die "Ehrlichkeit" der Einheitsfrontangebote beweisen, die nunmehr unaufhörlich an die Sozialisten, die christlichen und selbst die antiamerikanischen Bürger gerichtet werden. Schließlich drückt die ausgebrochene Krise die Hilflosigkeit der KP aus, die sich mit Angst fragt, wie sie das tote Gleis, auf dem sie sich seit einigen Jahren befindet, verlassen kann. Wenn ihr das nicht gelingt, wird es noch andere und immer schwerwiegendere Krisen geben. Nur solche könnten die innerpolitische Situation Frankreichs aus ihrer Erstickung befreien und neue Perspektiven eröffnen.

+ + +

Schrieber und Genossen doch hoffähig

dt - Hannover

Wieder hat es einen Sturm im niedersächsischen Wasserglas gegeben. Ministerpräsident Kopf hat seine Kur in Bad Pyrmont unterbrochen, das hannoversche Szepter zwei Tage lang in die landesväterliche Hand genommen und die erregten Gemüter beruhigt. Dann fuhr er, jeder Zoll immer noch ein siebenjähriger Ministerpräsident, wieder nach Bad Pyrmont.

Die, denen er das Konzept wieder einmal verdarb, sitzen nun über gescheiterten Kombinationen und suchen einen neuen archimedischen Punkt, von dem aus Kopf aus den Angeln zu heben wäre. Das ist nicht leicht, denn von den 158 niedersächsischen Landtagsabgeordneten tragen allein 63, also weit mehr als ein Drittel, die sozialdemokratische

Legitimation in der Tasche. Parlamentarisch ausgedrückt, verfügt Kopf seit eh und jeh über die einfache Mehrheit im Lande. Das ins Gedächtnis zurückzurufen ist notwendig, weil Kopfs Widersacher immer wieder mit dem Argument hausieren gehen, Niedersachsen werde von der sozialdemokratischen Minderheit "beherrscht".

Wie sieht aber der "Führungsanspruch" der anderen Seite aus? Die DP, die am lautesten nach dieser Führung ruft, hat im Landtag 20 Abgeordnete sitzen. Die anderen, zur Fraktion der Niederdeutschen Union zählenden Abgeordneten, gehören entweder der CDU an oder es sind rechtsradikale Männer, die bei ihren früheren Parteien heimatlos wurden und nun hoffen, daß ihre Saat bei der DP mit aufgehen werde. Zusammengewürfelt, zählt die Fraktion der NU 41 Mandate, also immer noch um ein Drittel weniger als die SPD.

Die jüngste niedersächsische "Krise" - ein attraktiver Begriff für einen Zustand, den es nicht gegeben hat - wurde durch die Selbstauflösung der SRP erzeugt. Die Spekulation war denkbar einfach: Einer SRP-Fraktion, der Fraktion einer funktionierenden Partei, hätte man bei einer Beteiligung an der Regierung deutlich sichtbare Zusicherungen geben müssen, einer "Fraktion Schrieber und Genossen", so heißt jetzt die 13 Kopf starke Fraktion der ehemaligen SRP, konnte man sich von jedem Fall zu jedem Fall bedienen, ohne ihr einen Minister geben zu müssen. Die stille Duldung durch "Schrieber und Genossen" allein hätte aber nicht genügt. Die Kombination NU (41), FDP (14) und Schrieber und Genossen (13) hätten 68 Mandate aufgebracht, denen 86 Mandate der heutigen Koalition - SPD 63, BHE 18, Zentrum 4 - gegenüberstehen. Also mußte der BHE mittun.

Aber der BHE wollte nicht. Denn im Kabinett Kopf besetzt der BHE drei Ministerien, das ist mehr, als ihm - rein rechnerisch - zusteht. Der niedersächsische Kuchen besteht aus acht Ministerien, und auch in seinen kühnsten Träumen dürfte der BHE nicht hoffen, bei vier Koalitionspartnern, die annähernd gleich stark sind, ebenfalls drei Ministerien zu bekommen. Das weiß auch die SPD, und darum konnte sie angesichts der "Krise" höher geschraubten personellen Forderungen des BHE gelassen entgegensehen. Man einigte sich.

Die NU gibt die Stellung nicht verloren. Um Kopf zu stürzen, braucht man, wie das "konstruktive Mißtrauen" der Verfassung befiehlt, die absolute Mehrheit des Landtags, also 80 Mandate. NU, FDP, und BHE kämen zusammen auf 73. Man brauchte also noch einige Genossen von Schrieber. Und weil die FDP, durch ein Machtwort ihrer Bundeszentrale gebunden, sich an keiner Kombination beteiligen will, die von der SRP toleriert wird, hat die NU auch schon eine Formel gefunden, die der FDP Gewissensbisse ersparen könnte. Denn, so heißt es in den "Niederdeutschen Stirmen", dem Wochenblatt der NU, die Fraktion Schrieber und Genossen habe sich "schon vor Wochen durch eine Umbenennung von der ehemaligen SRP entfernt". Die FDP tut also, mit anderen Worten, Schrieber und Genossen Unrecht; diese Männer sind schon vor Wochen durch das läuternde Feuer der Selbstbeichtigung gegangen und haben nun durch Selbstauflösung ihren Bruch mit der Vergangenheit bewiesen. Sie sind also hoffähig, man darf sich zumindest von ihnen tolerieren lassen, wenn es um ein so hohes Ziel geht: Niedersachsen von der nicht mehr länger zu ertragenden "Herrschaft" der SPD zu befreien.

Überflüssig und schädlich

(sp) Mit dem Empfang einer Delegation sowjetzonaler Politiker am Freitag in Bonn und dem damit verbundenen publizistischen Aufwand, wie er leider teilweise auch in der Bundesrepublik getrieben worden ist, hat man der Sache der deutschen Einheit einen denkbar schlechten Dienst geleistet und den Kommunisten eine vorzügliche propagandistische Gelegenheit gegeben, wurde am Freitag Abend von maßgebender sozialdemokratischer Seite erklärt.

Die Abgesandten eines unter jedem Gesichtspunkt unlegitimierten Regimes werden sich - und nicht überall ohne Erfolg - nun erst recht als Vorkämpfer der deutschen Wiedervereinigung aufspielen, so wie sie es in der Vergangenheit getan haben. In der Bundesrepublik aber hat man sich in die taktisch ungünstige Position dessen drängen lassen, der sich gegen einen solchen absurden Anspruch auch noch wehren muß.

Es ist zu hoffen, daß an den zuständigen Stellen für die Zukunft die richtige Lehre aus den wenig glücklichen Vorgängen um diesen Empfang gezogen und jede politische Berührung mit Leuten vermieden wird, die nicht befugt sind, als Sprecher für irgendeinen Teil der Bevölkerung in der Sowjetzone aufzutreten.

x

SED-istische Selbstenthüllung

(sp) Zu dem Vorschlag des Vizepräsidenten der sogenannten Volkskammer, Matern, es sollten gleichzeitig Verhandlungen der vier Großmächte sowie von Vertretern des Bundestages und der Volkskammer durchgeführt werden, wobei sich die Mächte mit der Frage der Wiedervereinigung und des Friedensvertrages, die Deutschen aber mit dem Problem der gesamtdeutschen Wahlen befassen sollten, stellte der Pressechef der SPD, Fritz Heine, fest, damit sei bewiesen, daß die SED-Funktionäre keine freien gesamtdeutschen Wahlen wollen. Denn die vier Mächte, die allein über die Wiederherstellung der deutschen Einheit und ihre Voraussetzungen zu entscheiden hätten, sollten nach dem SED-Vorschlag Probleme erörtern, die erst als Folge der gesamtdeutschen Wahlen aktuell würden und in ferer Zukunft lägen, während sich die Deutschen, die gar keine Entscheidungen treffen könnten, mit dem gegenwärtig wichtigsten Problem, eben den Wahlen, befassen sollten. Schon aus diesem Vorschlag Materns gehe die ganze Unwahrhaftigkeit der sowjetischen Propaganda hervor.

Die Mitteilung Materns, die noch in der Sowjet-Union befindlichen deutschen Kriegsgefangenen würden nach Wiederherstellung der deutschen Einheit und nach Abzug aller Besatzungstruppen entlassen werden, bezeichnete Fritz Heine als ein ungeheuerliches Geschäft mit deutschen Menschen, mit deren Schicksal günstige Verhandlungsbedingungen zwischen zwei Mächten ausgehandelt werden sollten, denen diese Kriegsgefangenen gar nicht angehören, nämlich den Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau